

**Sekretariat Landrat**  
Rathaus  
8750 Glarus

## **Protokoll**

**Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. April 2012, um 10.00 Uhr, im Rathaus in Glarus**

Vorsitz	Landratspräsident Matthias Auer, Netstal
Ratsschreiber	Hansjörg Dürst, Ennenda
Protokoll	Josef Schwitter, Glarus

### **§ 260 Feststellung der Präsenz**

Es ist folgendes Landratsmitglied abwesend:  
This Jenny, Glarus

Während Traktandum 1 (§ 263), Geschäftsbericht 2011 der Glarner Kantonalbank, ist Martin Leutenegger, Präsident Bankrat, anwesend.

### **§ 261 Protokolle**

Das Protokoll vom 15. Februar 2012 ist genehmigt.

### **§ 262 Traktandenliste**

Die Traktandenliste wurde im Amtsblatt vom 19. April 2012 veröffentlicht und den Mitgliedern zugestellt. – Sie ist unverändert genehmigt.

## § 263

### Geschäftsbericht 2011 der Glarner Kantonalbank

(Bericht Regierungsrat, 10.4.2012)

Regierungsrat Rolf Widmer und Landrat Peter Rufibach, Riedern, befinden sich als Mitglieder des Verwaltungsrates während der Beratung dieses Traktandums im Ausstand.

*Martin Leutenegger*, Glarus, Präsident Verwaltungsrat, berichtet über die Beschlüsse, welche die zweite ordentliche Generalversammlung der Glarner Kantonalbank (GLKB) gestern fasste: Geschäftsbericht 2011 genehmigt, Verwaltungsrat für ein weiteres Jahr wiedergewählt, Verlustvortrag auf null abgetragen, vom Bilanzgewinn von 7,8 Millionen Franken je 10 Prozent an die gesetzlichen und die strukturellen Reserven zugeschrieben und den Rest den offenen Reserven zugewiesen. – Die Staatsgarantie wird mit 1,9 (+ 1,5) Millionen Franken abgegolten. Von der GLKB gingen somit zusammen mit den erstmals für ein ganzes Jahr zu entrichtenden Steuern von 700'000 Franken total 2,6 Millionen Franken an den Kanton. – Das Budget 2012 sagt für das laufende Jahr Ausschüttung einer Dividende voraus.

Der Redner dankt dem Rat für die bei der Kapitalerhöhung bewiesene Flexibilität, die das Umsetzen der nachrangigen Wandeldarlehen per Ende 2011 erlaubte und einen Eigenmitteldeckungsgrad von 177 Prozent erreichen liess. Deswegen untersteht die GLKB wieder der normalen Aufsicht der Finma, was Freude und auch etwas Stolz weckt.

*Peter Rothlin*, Oberurnen, macht namens der SVP-Landratsfraktion vom Recht Gebrauch, Auskunft über die Angelegenheiten der GLKB zu verlangen (Art. 23 Kantonalbankgesetz). – Der Verwaltungsrat, resp. dessen Präsident, wird ersucht, die für die Entschädigung von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat massgebenden Kriterien zu erläutern.

Zu dieser Forderung führen Vergleiche bezüglich der Entschädigung der Geschäftsleitung mit anderen Kantonalbanken: Entschädigung bei der Aargauischen 3,57 Millionen / Bilanzsumme 19,9 Milliarden Franken; GLKB 1,83 / 3,3 (sechsmal geringer); Urner 945'000 / 2,4. Die Geschäftsleitung der GLKB verdient also doppelt so viel wie jene der Urner Kantonalbank; fraglich bleibt, ob auch die Leistung der GLKB doppelt so gut ist. Die geäusserte Freude des Verwaltungsratspräsidenten darf zwar geteilt werden, doch wären noch andere Kerngrössen zu beachten, so das Verhältnis Kosten / Ertrag. Bei der GLKB sind es 66 Prozent, über alle Kantonalbanken aber nur 54 Prozent, was zu hohem Aufwand bei der GLKB vermuten lässt. – Der Vergleich der Verwaltungsratsentschädigung zeigt Ähnliches: Appenzeller Kantonalbank 144'000 Franken / Bilanzsumme 2,3 Milliarden Franken; GLKB 291'000 / 3,3. Gemessen an der Bilanzsumme erhält der Verwaltungsrat der GLKB das Doppelte desjenigen der Kantonalbank von Appenzell.

*Bruno Gallati*, Näfels, freut sich mit der CVP-Landratsfraktion über den starken Zuwachs an Kundengeldern und Hypothekarvolumen sowie die Bereinigung der ungedeckten Forderungen. Die Finanzierungen sind marktüblich zu 90 Prozent in Festhypotheken angelegt, von denen 85 Prozent in den kommenden fünf Jahren fällig werden. Die Mitarbeitenden sind laut Befragung sehr zufrieden, und ihnen ist für das Geleistete zu danken. – Unschön ist die Bemerkung im Bericht, dass erst in den „kommenden Jahren“ eine Dividende ausbezahlt werden will und der Kanton vorbehältlich einer erneuten Veränderung der Kapitalstruktur bis 2021 Alleinaktionär bleiben soll. Über Dividenden befindet die Generalversammlung und über den Verkauf eines Minderheitsaktienpaketes der Eigentümer, also jeweils der Kanton, resp. der Regierungsrat, somit „die Politik“ und nicht „die Bank“. Die Politik erteilte an der Landratssitzung vom 21. Dezember 2011 diesbezüglich jedoch zwei Aufträge: Ab dem Geschäftsjahr 2012 soll die GLKB Gewinn ausschütten und die Suche nach einem strategischen Partner ist gemäss Eignerstrategie voranzutreiben. Dieser politische Wille ist zu respektieren und immer noch ernst zu nehmen.

*Martin Leutenegger* erinnert an seine während des Eintretens gemachte Ankündigung einer Dividendenausschüttung für das Geschäftsjahr 2012. Das Vorgehen bei der Partnersuchung war gestern an einer gemeinsamen Sitzung von Regierung und Verwaltungsrat festgelegt worden: Es wird eine Arbeitsgruppe von je zwei Vertretern gebildet, welche innert zwei, drei Monaten auszuarbeiten hat, welche Erwartungen und Eingeständnisse damit zu verbinden sind. Im Sommer werden die zuständigen Räte darüber entscheiden, so dass die Suche im August beginnen könnte. Da die GLKB aber auch allein überlebensfähig ist, wie auch die vorgängig angestellten Grössenvergleiche belegen, gibt es keine Notwendigkeit für eine Partnerschaft. Die GLKB ist zudem sehr gut in den Verbund der Kantonalbanken eingebettet, was die Fähigkeit zur Selbstständigkeit ebenfalls festigt. Trotzdem wird sich die GLKB mit dem Auftrag der Politik ernsthaft befassen. – Bezüglich der Entschädigungen verweist M. Leutenegger auf die Gesetzesvorgabe, nach welcher die Mitglieder des Verwaltungsrates und die mit der Geschäftsführung betrauten Personen Anspruch auf eine angemessene, vom Verwaltungsrat festzusetzende Entschädigung und auf Ersatz der Auslagen haben (Art. 17 Abs. 1 Kantonalbankgesetz). Der Verwaltungsrat legte in einem von der Generalversammlung zu genehmigenden Reglement Grundsätze und Bandbreiten der Entschädigungen fest, die als marktkonform und im Rahmen liegend erachtet werden. Da einige Kantonalbanken den Aufwand für die Sozialversicherungsleistungen nicht einrechnen, werden die angestellten Vergleiche nicht in jedem Fall aussagekräftig sein.

Der Landrat hat den Geschäftsbericht 2011 der Glarner Kantonalbank zur Kenntnis genommen.

## **§ 264**

### **Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Glarner Kantonalbank**

(Bericht Regierungsrat, 10.4.2012)

Landesstatthalter *Andrea Bettiga* bezeichnet das Geschäftsjahr 2011 wegen der Feier des 200-jährigen Bestehens als aussergewöhnlich: Es wurden Prämienrabatte von 4,25 Millionen Franken gewährt, 50 Prozent (3,25 Mio. Fr.) im Monopol- und 25 Prozent (1 Mio. Fr.) im Wettbewerbsbereich. Der Zukunft wurde jedoch ebenfalls Beachtung geschenkt, indem Grundlagen für eine moderne Unternehmensführung geschaffen, Vollzugs-, Geschäfts- und Organisationsreglemente erlassen und ein internes Kontrollsystem eingeführt wurden. – Das Rechnungsergebnis ist zufriedenstellend. Dazu beigetragen hat vor allem der um 40 Prozent unterdurchschnittliche Schadenverlauf und der um 2,6 Prozent unter der Vorhersage liegende Personalaufwand. Den höheren Verwaltungsaufwand (+ 1,6%) begründen die Gedenkveranstaltungen an den grossen Brand von Glarus vor 150 Jahren und die Aufwendungen für die noch nicht definitiv entschiedene Bundesgerichtsbeschwerde. – Künftig werden neben der Geldmarktsituation die Elementarschäden zu beachten sein, bei denen sich seit 2002 die Rückversicherungsprämien verdoppelten.

Der Landrat hat von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2011 der Glarner Kantonalbank Kenntnis genommen.

## § 265 Jahresrechnung 2011 des Kantons Glarus

(Berichte Regierungsrat, 6.3.2012; Finanzaufsichtskommission, 22.3.2012)

### Eintreten

*Marianne Lienhard*, Elm, Kommissionspräsidentin, bestätigt rechtzeitige Zustellung der detaillierten Unterlagen und verdankt den an der Kommissionsberatung Beteiligten Unterstützung, konstruktive Diskussion sowie Arbeit am Bericht, welcher die wesentlichen Erkenntnisse der Kommission enthält und Zustimmung zum Regierungsantrag empfiehlt.

Vor allem wegen HRM2 stiegen die Bilanzsumme um 104 auf 573,2 und das Eigenkapital um 286 Millionen Franken. Durch die Umgliederung verschiedener Fonds vom Fremd- ins Eigenkapital entstanden Neubewertungsreserven von knapp 120 Millionen Franken; allein die Neugründung der Kantonsspital Glarus AG trug rund 60 Millionen Franken dazu bei. – Die wichtigsten Kennzahlen sind: Selbstfinanzierungsgrad 132 Prozent; Cashflow 23,3, Nettoinvestitionen 17,7, Finanzierungsüberschuss 5,6 Millionen Franken. – Das Jahresergebnis (8,1 Mio. Fr.) liegt nur um 702'000 Franken unter Budget; innerhalb der Positionen gibt es aber erhebliche Abweichungen. Der betriebliche Aufwand entspricht dem Budget; der Ertrag hingegen fiel um 20 Millionen Franken besser aus, auch weil die Entnahmen aus den Steuerreserven von 8 Millionen Franken darin enthalten sind, die aber aufgrund der Strukturreform den Gemeinden für die Entschuldung ausgeschüttet wurden. Weitere Mehreinnahmen entstanden bei Entgelten, Transferertrag und durchlaufenden Beiträgen, und das operative Ergebnis enthält einen Sondereffekt von 7 Millionen Franken aus der Umstellung der Vorjahressteuererträge. – Das Resultat aus betrieblicher Tätigkeit von 13 Millionen Franken gab erheblichen Spielraum für ausserordentliche Abschreibungen. – Wegen tieferen Investitionen beim Lärmschutz und beim Unterhalt der Kantonsstrassen wurden die budgetierten Nettoinvestitionen (19,98 Mio. Fr.) trotz der von 2010 übertragenen Kredite (5 Mio. Fr.) nicht ausgeschöpft; sie betragen 17,69 Millionen Franken. – Die Bilanzposition „Strassen/Verkehrswege – 1'994'635 Fr.“ wirkt unschön. Sie ist als Rückstellung zu verstehen, da in den Vorjahren die Investitionsrechnung nicht periodengerecht abgegrenzt worden war und die Bundesbeiträge nach Erhalt eingebucht wurden. – Vom Strassenverkehrsamt fliessen 9,73 Millionen Franken in die allgemeinen Ausgaben; worauf der Landrat schon mehrmals aufmerksam machte. – Erstmals sind die Steuerausstände von über 15 Millionen Franken in der Bilanz aufgeführt.

Regierungsrat *Rolf Widmer* zitiert einen einstigen Finanzdirektor des Kantons St. Gallen: „Gute Zeiten bei den Kantonsfinanzen sind schlechte Zeiten für den Finanzdirektor“, denn sie wecken Begehrlichkeiten, wie Ende der neunziger Jahre auch im Kanton Glarus, als dank hervorragender Rechnungsabschlüsse die laufenden Ausgaben grosszügig erhöht worden waren. In den Jahren 2002 bis 2004 war deswegen eine der heutigen Lage in Irland, Griechenland, Spanien vergleichbare dramatische Krise hinzunehmen, deren Auswirkungen immer noch spürbar sind, denn noch bleiben 83 Millionen Franken Fremdkapital zurückzahlen. – Der Ertragsüberschuss von 8 Millionen Franken zeugt nicht von Nachhaltigkeit, wird doch die kommende Landsgemeinde erhebliche, jährlich wiederkehrende Kosten beschliessen und die Nationalbank in den kommenden Jahren nur noch 3 statt 8 Millionen Franken abliefern. Gleichwohl wäre Schwarzmalen nicht angebracht. Die Finanzlage ist solid, der Steuerpflichtigen werden mehr – per Ende 2011 sei, die rückläufige Tendenz durchbrechend, die Einwohnerschaft um 1500 auf 39'914 Personen gestiegen – und in Glarus Nord herrscht rege Bautätigkeit. Man glaubt also an den Standort Glarus, was für die Zukunft entscheidend ist. Hält diese Entwicklung an und kommt etwas Glück dazu, wird die Rechnung 2012 nicht wie budgetiert tiefrot, sondern mit einer roten Null abschliessen.

R. Widmer dankt der Kommission, insbesondere der Präsidentin, für die wichtige Begleitung, den Kolleginnen und Kollegen in der Regierung sowie den Angestellten der gesamten

Verwaltung für die wertvolle Arbeit: Für die gute finanzielle Lage ist nicht der Finanzdirektor verantwortlich sondern vertrauensvolle Teamarbeit.

Der *Vorsitzende* heisst die Mitglieder der Präsidentenkonferenz des Grossen Rates des Kantons Bern, die auf den Tribünen Platz genommen haben, herzlich willkommen und wünscht ihnen einen guten Einblick in Ratsgeschehen und Politik sowie einen spannenden Besuchstag im Glarnerland.

## **Detailberatung**

*Investitionsrechnung: für Lärmschutzmassnahmen vorgesehene Gelder ausschöpfen*

*Franz Landolt*, Näfels, Kommissionsmitglied, gratuliert dem Regierungsrat für das erfreuliche Rechnungsergebnis. – Kleiner Wermutstropfen bedeutet aber das Nichtausschöpfen der Budgetposition Lärmschutz Kantonsstrassen (40215001); statt der budgetierten Million wurden lediglich 390'000 Franken für diese wichtige Aufgabe eingesetzt. Dieses Geld ist nicht gespart, und die von Glarus bis Niederurnen an der Kantonsstrasse Wohnenden leiden weiterhin unter dem Lärm des Strassenverkehrs. Offenbar gelingt es nicht, Gewolltes und Geplantes um- oder durchzusetzen. Verstärkte Anstrengungen sind im Interesse der Bevölkerung nötig. Das Wissen um verschleppende, das Bauen verkomplizierende Einsprachen mag Begründung für den ungenügenden Baufortschritt sein, doch hat die Bevölkerung ein Recht auf das Durchsetzen der Schallschutzbestimmungen.

Auch für Landammann *Röbi Marti* ist die Situation unbefriedigend. Finanziell gute Zeiten müssten für die Baudirektoren eigentlich gute Zeiten sein. Sie sind es aber nicht, weil die Schlussbemerkung des Vorredners zutrifft. Gerne wäre mehr gemacht worden, doch erweisen sich die erforderlichen Abklärungen als bedeutend aufwändiger als angenommen. Deshalb können die Projekte erst im laufenden Jahr aufgelegt werden und konnte in Netstal nur eine der drei geplanten Lärmschutzwände gebaut werden; gegen die anderen beiden war Einsprache erhoben worden. – R. Marti versichert aber, es werde alles versucht, um die Situation für die Betroffenen zu verbessern, selbst wenn vieles, den Strassenbau allgemein Betreffendes, sehr harzig läuft, denn: „An der Strasse gibt es viele Baumeister.“

**Abstimmung:** Der Regierungsantrag ist angenommen. Die Jahresrechnung 2011 ist genehmigt.

## **§ 266**

### **Verlängerung der befristeten 80 Stellenprozent im Passbüro**

(Bericht Regierungsrat, 14.2.2012)

Der Antrag des Regierungsrates ist angenommen. Die befristeten 80 Stellenprozent für kaufmännische Anstellung im Passbüro sind bis zum Vorliegen der Effizienzanalyse/Verzichtsplanung, längstens bis Ende 2013 (plus Kündigungsfrist), verlängert.

## § 267

### **Motion Renata Grassi Slongo, Niederurnen und Mitunterzeichnende, „Familienleitbild Kanton Glarus“**

(Bericht Regierungsrat, 7.2.2012)

*Renata Grassi Slongo* bedankt sich auch im Namen der Mitunterzeichnenden für die positive Beantwortung des Vorstosses und erklärt sich mit der Überweisung als Postulat einverstanden. – Die hohe Bedeutung der Familie als Grundzelle der Gesellschaft wird erfreulicherweise geteilt. Für die Gesellschaft erbringt die Familie vielfältige, wichtige und anzuerkennende Leistungen: Sie sorgt für den Fortbestand, sozialisiert die Nachkommen, die sie erzieht, ihnen Kompetenzen vermittelt, soziale und kulturelle Werte weitergibt. Sie gestaltet das sozio-kulturelle Leben in den Dörfern, pflegt Angehörige und gibt Zuwendung, stärkt die Solidarität zwischen den Generationen und vieles mehr. Sie stabilisiert damit die Gesellschaft, deren Entwicklungen ihre familiären Aufgaben herausfordernd und erschwerend verändern. Die Entscheidung eine Familie zu gründen wird denn auch von jungen Leuten nicht mehr mit Leichtigkeit gefällt und als naturgegeben hingenommen, was die tiefe Geburtenrate beweist. – Auf nationaler Ebene wird der Familienpolitik mehr Gewicht verliehen, z.B. mit der bevorstehenden Schaffung einer Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik, der sich der Kanton aktiv annehmen soll. – Ziele und Indikatoren über eine Bestandesaufnahme zu bestimmen, dann die Wirkung zu messen und erst danach Leitsätze zu definieren, wäre unlogisch. Sinnvoller und machbarer ist das Erarbeiten eines Grundlagenberichtes, welcher, wie in anderen Kantonen, der Entwicklung von Leitsätzen dient. Aus rechtlicher und/oder behördeninterner Sicht mag das Formulieren von Leitsätzen für die Familienpolitik zwar nicht relevant sein. Aber ein Leitbild gibt Orientierung und ist Grundlage für langfristige Planung und Steuerung in Politik und Verwaltung. Zudem ist es im Kantonsmarketing verwendbar, denn die Attraktivität für Familien ist Kernelement der Standortstrategie. – Wichtig ist es zudem, betroffene Organisationen und Behörden in den Planungsprozess einzubeziehen.

**Abstimmung:** Die Motion ist als Postulat überwiesen.

## § 268

### **Motion FDP-Landratsfraktion „Behandlung von Stellenbegehren an Budgetdebatte koppeln“**

(Bericht Regierungsrat, 6.3.2012)

*Benjamin Mühlemann*, Mollis, Erstunterzeichner des Vorstosses, und die FDP-Landratsfraktion sind mit dem Antrag des Regierungsrates einverstanden. Sie danken für ausführliche Stellungnahme und aufgezeigte Lösungsansätze. – Behandlung von Stellenbegehren ist aber nicht nur Sache des Landratsbüros, wie die Regierung schreibt. Vielmehr ist gemeinsam eine Praxis zu entwickeln, um die im vergangenen Jahr erlebten unglücklichen Situationen zu verhindern. Begehrte die Regierung anfangs Jahr eine Stelle und das Büro beschlosse zu warten bis zur Budgetberatung, käme dies kaum gut an. Der Vorstoss hat beide Seiten für das Thema und für das Finden einer befriedigenden Lösung sensibilisiert, was zu erreichendes Ziel sein muss. – Die Antragstellerin bevorzugt konsequentes Vorberaten von Stellenbegehren durch die Finanzaufsichtskommission (FAK), und nicht durch Spezialkommissionen oder die Sachkommission Finanzen und Steuern; den Einfluss der FAK auf das Schreiben von Mitberichten zu beschränken, wäre zu umständlich. Da der Landrat in seinen Entscheidungen ohnehin eingeschränkt ist und die Regierung Stellenbegehren immer gut

zu begründen weiss, werden die finanzpolitischen Aspekte schliesslich entscheidend sein. – Der starre Zeitpunkt „Budgetdebatte“ ist irrtümlich als zu starr wahrgenommen worden. Selbstverständlich müssen Ausnahmen möglich sein, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit Landsgemeinde-Entscheidungen stehen. – Die Fraktion bietet in diesem Sinne Hand für eine sachliche Regelung und unbürokratische Erledigung des Vorstosses.

*Thomas Kistler*, Niederurnen, Präsident Kommission Finanzen und Steuern, verweist auf die Landratsverordnung, welche das Bearbeiten von Vorlagen zum „Personal“ und zur „Organisation“ dieser Kommission zuweist (Art. 47 Bst. c und d). Stellenbegehren sind somit von der Kommission Finanzen und Steuern zu behandeln.

*Christian Marti*, Glarus, ist sich dieser Vorgaben bewusst, versteht allerdings unter dem Verweis auf das „Personal“ die Auseinandersetzung mit allgemeinen Bestimmungen und Anstellungsgrundlagen; dies allein ist sachlogisch Thema der Kommission Finanzen und Steuern. Anders verhält es sich bei Stellenbegehren. Diese sind der FAK zuzuweisen und nicht einer departementalen Kommission. – Die weiteren Abklärungen mögen dazu Klarheit bringen.

**Abstimmung:** Der Antrag des Regierungsrates ist angenommen. Der Vorstoss ist als Postulat überwiesen.

## § 269

### **Motion FDP-Landratsfraktion „Anpassung der kantonalen Strukturen aufgrund der Strukturreform der Gemeinden“**

(Bericht Regierungsrat, 3.4.2012)

*Hans-Jörg Marti*, Nidfurn, Erstunterzeichner der Motion, bedankt sich namens der Fraktion für die speditive Beantwortung und schliesst sich dem Regierungsantrag an. – Die Regierung beschäftigt sich bereits mit der Umsetzung, die noch mehr umfassen soll, als das im Vorstoss Geforderte, womit die im Zusammenhang mit der Gemeindestruktur abgegebenen Versprechen, effizienter, schlanker und günstiger werden zu wollen, angegangen werden. Die breite Einbettung ist sinnvoll. Der Regierungsrat wird in regelmässigem Prozess auf die Zielerreichung hinarbeiten haben: prüfen, wo Stellen umgelagert werden können; feststellen, welche neuen Aufgaben wirklich und nicht bloss in vorauseilendem Gehorsam gegenüber dem Bund zu erfüllen sind; erkennen, welche Aufgaben wegfallen oder mit welchen Konsequenzen zu verlagern wären. – Die Bevölkerung setzt in die Gemeindestrukturreform hohe Erwartungen, und es ist Pflicht der Politik, die Versprechen bezüglich effizientem Kanton und leistungsfähigeren Gemeinden zu erfüllen und zu belegen. – Auch mit den Terminvorgaben ist die Antragstellerin einverstanden. Die Ergebnisse spätestens Ende 2013 vorzulegen, erscheint ambitiös.

**Abstimmung:** Dem Regierungsantrag ist zugestimmt. Die Motion ist überwiesen.

## § 270 Postulat SVP-Landratsfraktion „Prozessanalyse“

(Bericht Regierungsrat, 3.4.2012)

*Fridolin Staub*, Bilten, Mitunterzeichner des Postulats, dankt namens der Fraktion für Bericht und Antrag. – Der Hinweis auf die Rollenverteilung Regierung/Landrat kommt einem Appell an den Landrat gleich, die eigene Verantwortung wahrzunehmen, insbesondere wenn die Traktanden der Landsgemeinde 2013 vorbereitet werden. Zudem wird das Ergebnis der Effizienzanalyse mit Spannung erwartet. – F. Staub ersucht um Überweisung gemäss Regierungsantrag.

**Abstimmung:** Der Antrag ist angenommen. Das Postulat ist im Sinne der Erwägungen überwiesen.

## § 271 Interpellation Aydin Elitok, Bilten, und Peter Rothlin, Oberurnen, „Arbeit statt Sozialhilfe“

(Bericht Regierungsrat, 6.3.2012)

*Aydin Elitok* dankt auch namens des Mitunterzeichners für die Antwort, die aber Fragen offen lässt. – Am meisten Sorgen bereitet der massive Ausländeranteil bei den Sozialhilfe Beziehenden, zu denen lediglich 1,7 Prozent der Schweizer, aber 5 Prozent der ausländischen Bevölkerung gehören. – Weiter weckt Besorgnis, dass rund die Hälfte der jungen Erwachsenen über eine eigene Wohnung verfügt, weswegen deutlich höhere Beiträge auszubehalten sind. Die Eltern sollen verpflichtet werden, Wohnungsmiete und Nebenkosten ihrer Kinder, die in einer eigenen Wohnung leben wollen, zu tragen. – Im Weiteren sollen Ausländer mit Aufenthaltsbewilligung B eine Arbeitsanstellung vorlegen müssen, um eine Verlängerung zu erhalten. – Da die geltenden gesetzlichen Regelungen den Gegebenheiten nicht mehr gewachsen sind, kündigt der Redner zu diesen Punkten Anträge zuhanden des Landrates an. Er bedankt sich für das Verständnis.

## § 272 Mitteilungen

Der *Vorsitzende* weist auf verschiedene Datenmitteilungen, Anlässe, Besonderes hin: Sitzungsdaten bis Ende 2013 zuhanden der Agenden; Einladung Buchvernissage „Wege zum neuen Glarnerland“ (1.5.2012); Einladung Parlamentarier Golftrophy (15.6.2012); Einladung nach Chur aus Anlass der zehnjährigen Vereinbarung mit den psychiatrischen Diensten Graubünden (26.9.2012, nach morgendlicher Landratssitzung); Glarus Gastkanton an der Olma mit Umzug in der St. Galler Innenstadt (Aufleger; 13.10.2012); Einladung zur Teilnahme am Feldschiessen (Aufleger für Landratsmitglieder Glarus Süd); Jahresbericht Alo-Treff (Aufleger); Besteigung Tödi durch Landratsmitglieder (10.–12.8.2012, Anmeldung



Hp. Toggenburger); erfolgreiche Verteidigung des im Saal präsentierten Pokals „Parlamentarierkirennen Ostschweiz“ (R. Elmer, T. Gisler, Hj. Marti; Applaus).

Er verabschiedet die beiden per Ende Mai zurücktretenden Ratsmitglieder Hanspeter Toggenburger, Landrat seit 1998 sowie Ratspräsident 2009/2010, und Peter Toneatti, Mitglied seit 2008. Ihre Arbeit wird verdankt und ihnen für das Nach-Landratszeitalter alles Gute, insbesondere Gesundheit und Wohlergehen gewünscht (Applaus). – Landammann Röbi Marti wird sein Amt an der Landsgemeinde abgeben müssen; auch ihm verdankt M. Auer Arbeit und Wirken als oberster Glarner zu Gunsten von Land und Volk (Applaus).

Die nächste Sitzung findet am 27. Juni 2012 statt.

Schluss der Sitzung: 11.15 Uhr.

Der Präsident:

Der Protokollführer: